

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 49. Ratssitzung vom 22. Mai 2019

1267. 2018/456

Weisung vom 28.11.2018:

Motion von Martin Luchsinger, Isabel Garcia und 1 Mitunterzeichnenden betreffend Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie, Bericht und Abschreibung, Konzept und Nachtragskredit 2019 für die Umsetzung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Smart-City-Strategie (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Budget 2019 der Dienstabteilung Stadtentwicklung (1505) werden für die Lancierung und Umsetzung der Smart-City-Strategie folgende Nachtragskredite bewilligt:

Konzernkonto	Budget 2019 (bisher) in Fr.	Erhöhung in Fr.	Budget 2019 (neu) in Fr.
3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	3 741 600	471 000	4 212 600
3050 00 000 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	233 400	50 000	283 400
3052 00 000 AG-Beiträge an Pensionskassen	450 000	57 000	507 000
3102 00 000 Drucksachen, Publikationen	105 000	10 000	115 000
3118 00 000 Anschaffung Immaterielle Anlagen	20 000	50 000	70 000
3130 00 000 Dienstleistungen Dritter	1 362 000	355 000	1 717 000
3132 00 000 Honorare ext. Berater, Gutachter, Fachexperten usw.	368 000	10 000	378 000
3160 00 000 Miete und Pacht Liegenschaften	40 000	40 000	80 000
3170 00 000 Reisekosten und Spesen	77 000	12 000	89 000
3632 00 408 Innovationskredit	–	300 000	300 000
3632 00 898 Übrige Betriebsbeiträge an Gemeinden	50 000	8 000	58 000
3638 00 898 Übrige Betriebsbeiträge an das Ausland	100 000	10 000	110 000
3910 00 000 Interne Verrechnung von Dienstleistungen	254 000	10 000	264 000
3920 00 000	716 900	22 000	738 900

Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Nebenkosten			
Total Nachtragskredit		1 405 000	

3. Die Motion, GR Nr. 2016/166, von Martin Luchsinger und Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 18. Mai 2016 betreffend Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Isabel Garcia (GLP): Mit der vorliegenden Weisung beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat die Kenntnisnahme der stadträtlichen Strategie «Smart City Zürich». «Smart City Zürich» orientiert sich an der Strategie 2035 der Stadt Zürich. Damit sollen bereits laufende Aktivitäten in den Dienstabteilungen gebündelt und, wo angezeigt, mit anderen Projekten vernetzt werden. Durch die departementsübergreifende Sicht auf bereits heute und sicherlich auch zukünftig reichlich vorhandene Aktivitäten sollen Doppelspurigkeiten vermieden werden. «Smart City Zürich» konzentriert sich in den kommenden Jahren auf drei strategische Schwerpunkte. Erstens die digitale Stadt: Hier geht es um die Digitalisierung der Kundenprozesse. Zweitens um die integrierte, öffentliche Mobilität. Drittens um die smarte Partizipation. Ich komme nun auf die präsentierten Instrumente. Neben der inhaltlichen Fokussierung auf die erwähnten Schwerpunkte werden mit der vorliegenden Weisung Instrumente in den Bereichen Innovationsförderung, Kooperationen und Kommunikation und Dialog geschaffen und definiert. In Sachen Innovationsförderung schlägt der Stadtrat einen Kredit zur Projektförderung vor. Hier geht es um das eigentliche Herzstück von «Smart City Zürich». Im Budget sollen Mittel für die Anschubfinanzierung bereitgestellt werden, die innovativen Projekten in der Stadtverwaltung zugutekommen sollen – dies nach einem definierten Auswahlprozess. Projekte, die durch diesen Kredit gefördert werden, sollen als «Smart City» auch öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden. Die Fördermittel sollen auf 150 000 Franken je Projekt begrenzt werden, die wenn immer möglich durch verschiedene Dienstabteilungen eingereicht werden und Pilotcharakter aufweisen sollten. Die Zusammenarbeit der Departemente wird jeweils besonders begrüsst. Die Stichworte hier lauten Interdisziplinarität und Neuartigkeit. Ein weiteres vorgeschlagenes Instrument ist die Innovationsbox für Vorschläge der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Im Sinne von Entrepreneurship-Programmen sollen die Mitarbeitenden die Möglichkeit erhalten, eigene Ideen zu entwickeln und zu einem Projekt zu konkretisieren. Dafür ist ein dreistufiger Prozess vorgesehen: Am Anfang steht logischerweise eine persönliche Präsentation der Idee vor dem «Smart City»-Team. Anschließend sollen die Teilnehmenden Unterstützung erhalten. Dies geschieht mittels eines Expertencoachings und einer finanziellen Unterstützung von bis zu 1000 Franken. Nach Absprache mit den Vorgesetzten wäre gar ein für das Projekt freigehaltener Arbeitstag pro Woche während zweier Monate möglich. Ein weiteres Instrument sind Innovation-Fellowships, die ebenfalls innerhalb der Stadtverwaltung vergeben werden. Diese Fellowships sollen vor allem in den Bereichen ICT und Innovation beheimatet sein und ermöglichen den Einbezug von Expertinnen und Experten aus innovationskräftigen Unternehmungen oder aus dem Hochschulbereich. Diese Fellowships sind der Dienstabteilung Stadtentwicklung des Präsidialdepartements unterstellt. Operativ sind sie allerdings

in verschiedenen Dienstabteilungen tätig und entwickeln in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Lösungen zu definierten Problemstellungen. Damit werden Wissenszuwachs und Know-how-Transfer innerhalb der Stadtverwaltung geschaffen und innovative Ansätze gestärkt. Pro Jahr sollen zwei solcher Innovations-Fellowships stattfinden. Die Fellows werden in gemeinsamer Verantwortung des «Smart-City»-Teams und den entsprechenden Dienstabteilungen ausgewählt. Nach Beendigung einer Fellowship sollen die Erkenntnisse der Stadtverwaltung, der Politik und auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Und nun zu den Kooperationen. Als erstes sticht das Smartcity Lab ins Auge. Damit schafft die Stadt ein Gefäss, in dem in Zusammenarbeit mit anderen Experten neue Produkte und Innovationen auf ihre Alltagstauglichkeit hin getestet werden. Das Lab soll räumlich im innovationsfreundlichen Umfeld der Stadt verortet sein. Der zweite Bereich der Kooperationen ist die nationale und internationale Zusammenarbeit. Dort soll weitergeführt werden, was bereits besteht, nämlich die Zusammenarbeit mit der Initiative eZürich auf lokaler und digitalswitzerland auf nationaler Ebene. Ein weiterer Punkt im Bereich Kooperationen ist der sogenannte Kickstart Accelerator. Darunter versteht man, dass Startups, Unternehmen und der öffentliche Sektor zusammengebracht werden. Dies soll weitergeführt werden. «Smart City» bildet hier einen Themenkomplex, in dem Startups Lösungen für bestehende städtische Herausforderungen in Zusammenarbeit mit der Stadt herausarbeiten können. Auch andere bereits bestehende Instrumente sollen weitergeführt werden. Hier sind die Hackathons erwähnenswert – eine innovative Methode, um neue Lösungen für bestehende Probleme in Zusammenarbeit mit externen und internen Expertinnen zu erarbeiten. Zuletzt noch einige Bemerkungen zum Bereich Dialog und Kommunikation. Es besteht bereits eine Projektwebsite von «Smart City Zürich». Weiter geplant ist ein Partizipationsportal. Die Berichterstattung über die Fortschritte soll über den Geschäftsbericht des Stadtrats erfolgen. Zuletzt die organisatorische Einbettung und das Budget: Insgesamt soll ein Team aus vier Personen aus der Dienstabteilung Stadtentwicklung im Präsidialdepartement neu geschaffen werden. Konkret geht es um eine Bereichs- und drei Projektleitungen, die mit einem Budget von 1,4 Millionen Franken inklusive Personalkosten ausgestattet werden. 2019 sollen die finanziellen Mittel via Nachtragskredit gesprochen werden, ab 2020 erfolgt die Finanzierung über das ordentliche Budget.

Kommissionsminderheit/-mehrheit zum Rückweisungsantrag:

Christian Huser (FDP): *Die Weisung wird von der FDP-Fraktion zurückgewiesen. «Smart City» hat das Potential, die Stadt wirklich für die Zukunft bereit zu machen. Aber so, wie die Weisung daherkommt, wurde diese Chance verpasst. Als mögliche Zielsetzungen sehen wir erstens die Ökologie, denn auch die Verwaltung produziert CO₂ und belastet die Luftqualität. Sei es durch Eigenproduktionen, Infrastrukturnutzung oder durch den Arbeitsweg der Mitarbeitenden der Verwaltung. Die Stadt soll sich diese Ziele setzen und eine Vorbildrolle zur Reduktion mittels «Smart City» übernehmen. Dazu gehört auch das Setzen konkreter Werte in Sachen Feinstaub, CO₂ et cetera. Dies alles unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit – sei es die ökologische, ökonomische oder soziale. Zur Bevölkerungsentwicklung und Infrastruktur: Wie kann die Stadt das Bevölkerungswachstum mit den bestehenden Grundlagen mittels Effizienzsteigerung bewälti-*

gen? Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Infrastruktur im selben, rasanten Tempo ausgebaut wird. Die Ziele sind weiter so zu formulieren, dass den investierten Mitteln ein nachhaltiger Gegenwert im Sinne der Ökonomie und der sozialen Stabilität gegenübersteht. Die Stadt soll auch in Zukunft ein lebenswerter Ort für alle bleiben. Es ist schade, dass sich uns in unserer Rückweisung niemand anschliesst und das Thema «Smart City» so stiefmütterlich behandelt werden soll.

Isabel Garcia (GLP): Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass der Stadtrat den Auftrag dieser Motion zur Zufriedenheit umgesetzt hat. Es liegt in der Kompetenz des Stadtrats, Strategien zu erarbeiten, der Gemeinderat kann diese höchstens zur Kenntnis nehmen, was wir hiermit machen. Der Auftrag wurde hinsichtlich der departementsübergreifenden Umsetzung und der Zurverfügungstellung der notwendigen finanziellen Mittel unserer Meinung nach erfüllt. Es muss auch klar sein, dass es hier um eine Anschubfinanzierung eines sehr langen Prozesses geht, für den wir heute den ersten Schritt unternehmen. Das unterbreitete Massnahmen- und Budgetportfolio ist sehr geeignet, die von uns formulierten Ziele zu erreichen. Die Mehrheit der Kommission ist deshalb der Meinung, dass die Weisung so unterstützt werden sollte.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Martin Luchsinger (GLP) forderte klar mehr als das, was uns heute vorliegt. Er forderte nämlich klar, die Strategie solle einem Ziel angehängt sein und dass die Infrastruktur dem Wachstum der Bevölkerung angepasst werde, dass man in Sachen «Smart City» vorne mit dabei sein will – und um das zu erreichen, müsste Zürich alle anderen Städte erst einmal überholen. Er sprach davon, ein gesamtheitliches und departementübergreifendes Konzept zu erarbeiten. Wir werden jetzt ein Team haben, das departementübergreifend ein paar Innovationen suchen geht und Projektgruppen begleitet, aber seine Idee war, dass es sich dabei um ein Team mit Entscheidungsbefugnissen handelt. Er machte auch Beispiele und sagte auch ganz klar, man solle die Abteilungssicht aussen vor lassen. Auch forderte er, es sollten keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden. Es ist interessant, dass die GLP von all diesen Forderungen viele Abstriche zulässt und trotzdem zufrieden ist. Zürich möchte den Anschluss an andere Städte nicht verlieren. Und ich spreche hier nicht nur von der Schweiz. In der Schweiz sind zwei oder drei Städte vorne mit dabei, unter anderem Wil. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Nicht grössere Städte, sondern Wil ist am weitesten. Wenn man in Sachen «Smart City» vorwärtskommen möchte, braucht man ein Ziel, eine Vision und davon abgeleitet entsprechende Massnahmen. Vor uns liegt nun ein Sandkastenspiel, das dem Team zur Verfügung gestellt wird. Sie kriegen ein wenig Geld, mit dem sie irgendwelche Projekte mit einer Anschubfinanzierung versehen können. Das vor uns liegende Resultat ist mutlos. Man hat sowieso schon bestehende Ziele der «Smart City» untergeordnet oder angehängt. Ich bin enttäuscht, dass wir nichts Besseres vorgelegt gekriegt haben. Wir haben den damaligen Vorstoss nicht deshalb zurückgewiesen, weil wir dagegen sind, eine «Smart City»-Strategie auszuarbeiten, sondern wir haben gesagt: Wir brauchen nicht gleich eine Motion. Ein Postulat wäre sinnvoller gewesen, um erst einmal darüber nachdenken zu können. Dieses Nachdenken fehlt jetzt, denn was wir nun vor uns liegen haben, verdient die Bezeichnung «Strategie» nicht einmal. Wenn man

ein Konzept macht, ohne ein klares Ziel zu haben, schliesst man alle anderen Stakeholder aus, die ebenfalls über die «Smart City» nachdenken. Denn wenn ich nicht weiss, um was es geht und was man erreichen möchte, dann kann ich auch keine anderen Kompetenzen abschöpfen – etwa von Swisscom, der Post oder SAP. Was wollten die schon vorschlagen? Sie kennen das Ziel ja gar nicht. Aus diesem Grund wäre uns lieber, der Stadtrat nähme die Weisung nochmals zu sich, um darüber nachzudenken und uns eine prägnantere Strategie vorlegen zu können. Wenn wir so weitermachen, wird Zürich nie unter den Top-50-Städten der Welt fungieren.

Isabel Garcia (GLP): Niemand bestreitet, dass sowohl die Stadt Zürich wie auch die Gesamtschweiz im Bereich der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und in Sachen «Smart City» einen gewissen Nachholbedarf hat. Genau deshalb hat man mit dieser Motion eine Strategie gefordert, um aufholen zu können. Weiter geht es hier um den Start einer Sache. Wären wir sogleich mit einem Millionen-Nachtragskredit und tiefgreifenden Umstellungen heute vor den Rat getreten, wäre es wohl genau die FDP gewesen, die da abgesprungen wäre. So vorzugehen wäre ausserdem nicht «the swiss way of doing things» gewesen. Wir haben einen vernünftigen Vorschlag vorgelegt, wie man die Sache starten kann. Der folgende Prozess ist lange und wird uns während Jahre oder Jahrzehnte begleiten, denn der Nachholbedarf von Zürich ist ausgewiesen. Es würde auch nichts bringen, wenn wir jetzt mit einem riesigen Programm aufgewartet wären, das sowieso nicht umsetzbar ist. Der Anfang ist gemacht und der Appell steht auch, wenn die einzelnen Innovationskredite in der Budgetdebatte anstehen, darauf zu schauen, wo wir Handlungsbedarf haben.

Stefan Urech (SVP): Es ist schwierig, über die Rückweisung zu sprechen, ohne gleich über die ganze Strategie zu sprechen. Ich stimme Elisabeth Schoch (FDP) zu: Eine Strategie wird an den Zielen gemessen. Ich stimme aber nicht überein, wonach keine Ziele gesetzt worden sind. Die Kommission hat drei Ziele präsentiert, nur leider sind zwei davon wortwörtlich aus dem rot-grünen Parteiprogramm abgeschrieben und passen uns nicht. Diese Ziele sind viel zu lasch. Die SVP hat einen Dispoänderungsantrag in der Kommission eingereicht. Darin fordern wir, die Digitalisierung und die Fortschritte in der Technologie für Effizienzsteigerungen in der Verwaltung zu nutzen – so dass in den Departementen digitalisierte Abläufe übertragen werden. Man hat uns aber beschieden, der Gemeinderat dürfe dem Stadtrat keine zusätzlichen Ziele diktieren. Wir mussten dann erkennen, dass eine smarte Stadt, wie wir sie uns vorstellen, nicht mit einer Motion durchzusetzen ist – nicht bei diesem Stadtrat. Das gelingt uns nur, wenn wir die nächsten Wahlen gewinnen. Diese Motion kann man bis in drei Jahre noch vierzehn Mal zurückweisen, sie wird immer rot-grün und lasch zurückkommen. Deshalb lassen wir euch im Stich und werden anschliessend bei der gesamten «Smart City»-Strategie mitdiskutieren.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Mir erschliesst sich langsam, was die Zielsetzung des Rückweisungsantrags ist. Ich bin ein Freund dieses Instruments, aber wenn man eine Rückweisung beantragt, sollte man eine konkrete Vorstellung entwickeln und uns gegenüber kommunizieren, was besser werden muss. Natürlich muss man wie Stefan Urech (SVP) das sagt, darüber diskutieren, ob man mit den Zielen einverstanden ist. Aber zu sagen, es gäbe in dieser Strategie keine Ziele, tut uns Unrecht. Viele Seiten widmen sich

genau dieser Frage und zeigen auch auf, wie man die Ziele erreichen will. Ich bin ob der Haltung der FDP erstaunt, dass man sich einem Instrument widersetzt, das genau aus dieser agilen, digitalen Welt stammt, nämlich jenes des «Prototyping». Statt dass man ein ausgeklügeltes Konzept erarbeitet, das alles bis zum letzten Komma regelt, sollte man die Konzepte erst einmal erproben. Anschliessend kann man das umsetzen, was tatsächlich eine Wirkung erzielt. Die Vorstellung, die Stadt Zürich könnte durch diese Rückweisung eine Vorreiterrolle übernehmen, halte ich für verwunderlich. Ob das überhaupt die Zielsetzung sein muss, darüber können wir anschliessend streiten. Ich sehe im Rückweisungsantrag drei vorgeschlagene Ziele, und wenn uns das wieder vorgesetzt würde, dann haben wir ein dünnes Heftchen, das nicht ansatzweise so ambitioniert ist, wie das Vorliegende vom Stadtrat. Eben weil wir ein ambitioniertes Papier haben, das auch ehrlich die Gebiete benennt, in denen man mittels Prototyping ausprobieren und eventuell Konzepte von aussen in die Verwaltung holen muss, ist das Instrument der Rückweisung nicht empfehlenswert. Erst recht nicht in der vorgelegten Version. Wir werden der Rückweisung ganz sicher nicht zustimmen.

Ernst Danner (EVP): *Die EVP unterstützt den Rückweisungsantrag, obwohl wir der Meinung sind, dass die gesamte Strategie unnötig ist. Das klingt vielleicht wie ein Widerspruch, den ich aufzulösen versuche. Eine «Smart City»-Strategie könnte sinnvoll sein, wenn man sich auf eine zu fördernde Technologie konzentriert oder wenn man materielle Ziele festlegt, die man anpeilen möchte. Diese Strategie ist aber weder noch. Sie enthält eine Handvoll völlig unterschiedlicher technischer Innovationen. Und die Zielsetzung ist so gestaltet, dass es die gesamte Verwaltung irgendwie berührt indem man überall «Smart City»-Technologie – was man auch immer darunter versteht – anwenden kann. Bei einer solchen Streuung ist der Misserfolg garantiert. «Smart City» kann nur gelingen, wenn jeder Bereich, der in dieser Stadt eine Aufgabe zu erfüllen hat, jene Technologie anwenden kann, der für ihn die beste und neuste ist. Man muss richtig priorisieren, wo man welche Technologie einsetzen will. Als Beispiel nehme ich GIS im Bereich ewz, das Long-Range-Funktechnologie anwenden möchte. Weiter gibt es ein Login-Portal, über das man sämtliche Verwaltungsstellen ansteuern kann, um etwa Zahlungen durchzuführen. Das sind schlicht und ergriffen völlig unterschiedliche Dinge. Aus meiner Erfahrung ist es sinnlos, dies wie vorliegend zusammenzufassen. Das Resultat ist immer das gleiche: Man schafft eine Koordinationsstelle, die es zu beschäftigen gilt. Die Stadt verfügt mit OIZ bereits über eine solche Koordinationsstelle – im Gegensatz zum Kanton, der über lange Jahre nicht über eine solche, notwendige Stelle verfügte und sie erst wieder einführen musste. Die Umsetzung neuer Technologien ist eine Kernaufgabe von OIZ. Wir unterstützen den Rückweisungsantrag mit einer leicht anderen Begründung als die FDP. Wir finden eine reine Prioritätenliste sinnvoll. Die Stadt muss sich entscheiden, in welchen Bereichen wir eine Technik oder ein Ziel anpeilen wollen. In meiner beruflichen Tätigkeit durfte ich bei der Umsetzung des kantonalen GIS von Anfang an mitarbeiten. Dieses kam nur zustande, weil die zuständigen Regierungsräte hinter dem Projekt standen. Wenn der Stadtrat ein kurzes Papier vorlegt, in dem er definiert, wo er investieren möchte, dann wäre das für uns in Ordnung. Bei den kommenden Anträgen werde ich mich nicht mehr zu Wort melden und wir unterstützen überall die Minderheitsanträge.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir stecken mitten in einer industriellen Revolution, die uns zwingt, einige Dinge zu ändern. Mit diesem Wissen möchte ich Isabel Garcia (GLP) erwidern, dass die FDP sinnvolle Vorschläge auf jeden Fall unterstützen wird. Wir waren stets für die Erstellung der Infrastruktur für die Zukunft, die erlaubt, in dieser Stadt gut zu leben, zu geschäften und unseren Wohlstand halten zu können. Du kannst die 20 Millionen Franken also beruhigt bringen: Wenn es sinnvoll ist, unterstützen wir das Anliegen. Jean-Daniel Strub (SP) möchte ich entgegnen: Wir haben mögliche Ziele vorgeschlagen. Und ich bin mit Ernst Danner (EVP) einig, dass man sich auf etwas fokussieren sollte und jetzt haben wir vielmehr eine wolkige Sache. Natürlich kann man mit Prototypen und Piloten arbeiten, aber Kreativität ohne Leitplanken ist nicht zielführend, sondern wird ausufernd.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *In der Strategie Zürich 2035 hat der Stadtrat die Herausforderungen der Digitalisierung angesprochen, im Handlungsfeld digitale Stadt aufgenommen und strategische Ziele dazu formuliert. Die GLP-Motion hat Rückenwind für eine strukturierte und forcierte Umsetzung geboten. Mit der Strategie «Smart City Zürich» legen wir, aus der Strategie 2035 abgeleitet, fest, wie die Stadt Zürich das Potential des digitalen Wandels nutzen möchte. Das zu nutzen, ist wichtig. Ich habe das Gefühl, hier bestehen sehr unterschiedliche Verständnisse davon, was eine «Smart City»-Strategie überhaupt ist. Wir wollen die Möglichkeiten der neuen Technologien nutzen, um die Lebensqualität in Zürich weiter zu stärken und um die Chancengleichheit zu erhöhen. «Smart City» soll die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt unterstützen und Innovation am Standort Zürich fördern. Eine «Smart City»-Strategie ist nicht einfach gleich OIZ. Es geht nicht nur um technologische Lösungen für irgendwelche definierten Probleme, sondern umfasst sehr viel mehr. Bei der Umsetzung stehen die Bedürfnisse der Zürcherinnen und Zürcher und der Unternehmen im Zentrum. Ein zentrales Element ist die Vernetzung. Mit «Smart City» wollen wir Menschen, Organisationen und Infrastruktur vernetzen, um grundlegende soziale, ökologische und ökonomische Ziele zu verfolgen. Diese Vernetzung geschieht einerseits über digitale Hilfsmittel, andererseits aber auch über Zusammenarbeit, persönlichen Austausch und Mitwirkung der Bevölkerung. Weiter sind Daten ein sehr wichtiges Thema, wenn man über Digitalisierung und «Smart City» spricht. Wir haben den Grundsatz des sorgfältigen Umgangs mit Daten definiert, dieser ist zentral. Wir möchten die Nutzung und den Schutz von Daten miteinander verbinden. Gesetzlicher Datenschutz muss selbstverständlich gewährleistet sein, aber auch das Thema Bestimmung über die eigenen Daten ist ein wichtiges Element. Mit «Smart City» wollen wir Raum für Experimente schaffen. Es geht ein Stück weit um eine andere Kultur in der Verwaltung. Es geht um Innovation, Ausprobieren ist wichtig und beides braucht Freiräume und eine Haltung, die Fehler zulässt. Wenn wir über die Gründe für den Rückweisantrag sprechen, kommen wir zum Inhalt. Wir starten nicht bei null und wollen auch keine Doppelspurigkeiten schaffen, indem wir bereits Bestehendes unter das Label «Smart City» vereinen. Wir verfolgen mit der Umsetzung zwei Stossrichtungen. Die erste ist in den drei Strategieschwerpunkten festgehalten, die der Stadtrat festgehalten hat.*

Das ist die Digitalisierung in der Stadtverwaltung, öffentliche Mobilität und smarte Partizipation – nichts davon ist inhaltlich neu. Wir wollen die Strategieschwerpunkte nutzen, um die Umsetzung zu forcieren. Die vorgelegte Strategie ist eine so genannte «Enabler-Strategie», eine Strategie des Ermöglichens. Wir wollen nicht alles selbst erfinden, sondern eine Plattform schaffen, Methoden und Instrumente zur Verfügung stellen, um bereits existierende Fachstrategien und Inhalte zu unterstützen, wie zum Beispiel die 2000-Watt-Gesellschaft oder die Luftreinhalteverordnung auf gesetzlicher Ebene. Es kann also um Klimaschutz gehen, die Altersstrategie betreffen oder das quartier- und sozialverträgliche Wachstum der Stadt. Auf die Instrumente möchte ich nicht weiter eingehen, einzig eine Klammerbemerkung zur Förderung der Innovation innerhalb der Stadtverwaltung: Isabel Garcia (GLP) hat die Elemente sehr gut präsentiert. Mit der privat getragenen Plattform digitalswitzerland wollen wir Synergien schaffen. Mit ihnen haben wir bereits Veranstaltungen und Projekte lanciert. Wir wollen für uns nicht alles neu machen, sondern uns vernetzen. Dies erreichen wir mit «Smart City»: Wir fördern kurz- und langfristig die Erreichbarkeit von Informationen und Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger, für Kundinnen und Kunden der Stadtverwaltung. Wir wollen Innovation innerhalb der Stadtverwaltung fördern und den schonenden Einsatz der Ressourcen vorantreiben. «Smart City» soll und will die Kultur in der Stadt beeinflussen – auch dank der vorgesehenen Experimentierfelder. Ich beantrage Ihnen der vorgesehenen Umsetzung inklusive des Kredits für die notwendigen personellen Ressourcen zuzustimmen.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

- Der Stadtrat wird aufgefordert, die SmartCity Aktivitäten an konkreten, messbaren Zielsetzungen zu orientieren.
- Dabei stehen verschiedene denkbare Zielsetzungen im Raum, welche als Anregung dienen sollen:
 - Ökologie: Auch die Verwaltung produziert CO₂ und belastet die Luftqualität (von der Energieproduktion, der Infrastrukturnutzung bis hin zum Arbeitsweg der Mitarbeitenden). Die Stadt kann sich Ziele setzen und eine Vorbildrolle zur Reduktion mittels SmartCity übernehmen.
 - Gesundheit: Die Stadt setzt sich zum Ziel, die Luftqualität in der Stadt Zürich zu verbessern (inkl. konkreter Werte von CO₂, Feinstaub etc.) unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit (ökonomisch, sozial, ökologisch).
 - Bevölkerungsentwicklung und Infrastruktur: Wie kann eine smarte Stadt die bestehende Infrastruktur so nutzen (Effizienzsteigerung), dass das Bevölkerungswachstum mit der bestehenden (oder leicht ausgebauten) Infrastruktur bewältigt

werden kann. Man kann nicht davon ausgehen, dass die Infrastruktur im selben Tempo ausgebaut werden kann.

- Die Ziele sind so zu formulieren, dass den investierten finanziellen Mitteln ein nachhaltiger Gegenwert im Sinne von Ökonomie, Ökologie und sozialer Stabilität (Lebenswerte Stadt für alle) gegenübergestellt wird.

Mehrheit: Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)

Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit:

Isabel Garcia (GLP): Die Mehrheit der SK PRD/SSD ist der Meinung, dass es jetzt einen Schub für «Smart City Zürich» braucht und empfiehlt Ihnen daher die vom Stadtrat vorgelegte Strategie zur Kenntnis zu nehmen. Dies bedeutet, die vorliegende Weisung zu unterstützen. Zum Antrag zur Dispositivziffer 2 ist die Mehrheit der SK PRD/SSD der Auffassung, dass man das Konzernkonto 3632 00 408 von 300 000 Franken auf 450 000 Franken erhöhen sollte, um damit Programmierkurse für Kinder zu fördern. Es besteht unbestritten ein gewisser Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung und «Smart City» und gerade deshalb sind solide Kenntnisse der Strukturen und Zusammenhänge der digitalen Welt zentral. Zu den wichtigsten Voraussetzungen gehört, wie halt immer in dieser Welt, die Bildung. Die möglichst frühe und spielerische Heranführung der Kinder an das Programmieren ist daher wichtig für uns. Leider fristet das Programmieren nach wie vor ein stiefmütterliches Dasein in unseren Schulen. Gerade hier haben wir einen departementübergreifenden Innovationskredit im Sinne des Prototyping. Es soll ausprobiert und nachgefragt werden, ob ein Bedarf besteht und ob es funktioniert. Deshalb schlagen wir vor, das genannte Konzernkonto um 150 000 Franken aufzustocken. Betreffend Dispositivziffer 3 sind wir einverstanden mit der Abschreibung der Motion.

Kommmissionsminderheit Änderungsanträge und Schlussabstimmung Dispositivziffer 1:

Stefan Urech (SVP): Wir sprechen heute über die «Smart City» – oder über eine clevere, schlaue Stadt, um einmal die Anglizismen zu vermeiden. Was man unter einer schlaunen Stadt versteht, da gehen die Meinungen weit auseinander. Das Label «Smart City» ist nicht geschützt und jeder kann darin hineininterpretieren, was er will. Es gibt keine Organisation, die festhält, was unter dem Label verstanden werden soll. Wir sind international gesehen nicht die ersten, die ein solches «Smart City»-Projekt lancieren und auch dort zeigt sich, dass die Interpretationen des Begriffs sehr unterschiedlich sind. Zwei Dinge haben aber alle Städte, die sich «Smart City» nennen, gemeinsam. Erstens

sind sie rot-grün regiert und zweitens sind sie hoch verschuldet. Der «Smart City»-Index misst, welches die schlaueste Stadt auf der ganzen Welt ist. Wien sticht hier deutlich heraus und gewinnt diese Auszeichnung immer wieder, so auch jetzt. Wien hat die Strategie 2011 eingeführt, damals hatte die Stadt fünf Milliarden Euro Schulden. Nach acht Jahren schlaue Stadt sind die Schulden auf über sieben Milliarden Euro gewachsen. Sie sind Nummer eins in Sachen Schläue, in Sachen nachhaltigem Umgang mit den Finanzen nicht wirklich. Trotz dieser Vorgeschichte und obwohl wir die GLP-Motion damals abgelehnt haben, hat sich die SVP mit der Strategie auseinandergesetzt und auch vereinzelt gute Ideen gefunden: Etwa die Adobe Innovation Box, die von der Swisscom für die Verbreitung guter Ideen genutzt wird. Die Strategie enthält aber vor allem sehr viele Dinge, die man sowieso schon macht und jetzt halt mit dem Label «Smart City» versieht. Isabel Garcia (GLP) sagt, man würde sich darüber freuen, wenn zwischen den Departementen vermehrt zusammengearbeitet wird. Wir sind davon ausgegangen, dass das bis jetzt sowieso schon gemacht wird. Weiter wurde von einem Fellowship Programm gesprochen. Auch dies ist eine Motion der SP und der Grünen, also auch nichts Neues. Wir kritisieren auch, dass sehr viel in Sachen Innovation bottom-up und nicht top-down ist: Es wird immer davon gesprochen, dass die Mitarbeiter über Ideentools und Whiteboards gute Ideen nach oben bringen sollen. Das ist schön und soll auch gefördert werden, aber wir vermissen total eine Top-Down-Innovation. Gerade wenn es um Effizienzsteigerung in einer Verwaltung geht. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, dass die Subito-Kasse im Coop eine Idee einer Kassiererin ist, die sagte: Ich hätte da eine Idee, wie man unsere Dienstleistung streamlinen könnte und danach nur noch die Hälfte aller Mitarbeiter brauchen. Dazu braucht es aber einen Willen, die Effizienz zu steigern und sind wir ehrlich: Dieser ist selbstverständlich nicht vorhanden mit den im Rat vorhandenen Mehrheiten. Den GLP-Antrag mit den Roboterkursen finden wir gut, aber auch hier: Das wird bereits gemacht und steht im Budget unter «next generation». Wenn Sie eine bürgerliche schlaue Stadt wollen, die nicht immer mehr Schulden anhäuft, dann müssen Sie in den nächsten Wahlen SVP wählen und nicht mit Pseudovorhaben wie dieser «Smart City» ihr Parteiprogramm, das Sie sowieso jede Woche hier zelebrieren, mit noch mehr Stellen aufplustern. Schaut man ins GLP-Parteiprogramm steht dort: «Wir wollen Schuldenabbau.» Aber ihr wisst haargenau, dass sich diejenigen, die unter diesem «Smart City»-Programm angestellt werden, in den nächsten fünf Jahren verdoppeln und in den nächsten fünfzehn Jahren verdreifacht sich dieses Kontingent. Ansonsten würde es quer stehen in der Landschaft mit anderen solcher Grüppchen und Workshops in der Stadt Zürich. Das von uns geforderte Ziel der Effizienzgewinnung wurde nicht akzeptiert, deshalb lehnen wir die Weisung ab.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

Patrick Maillard (AL): *Die Kommissionsminderheit lehnt die Finanzierung der «Smart City»-Strategie mittels eines ausserordentlich beantragten Nachtragskredit ab, weil wir keine Dringlichkeit sehen, in der langfristig angelegten Strategie jetzt den Turbo zu zünden. Zumal das Budget viel zu hoch angesetzt ist. Bei dessen Berechnung ging der Stadtrat noch davon aus, dass «ein Stellenplan der Dienstabteilung Stadtentwicklung Zü-*

rich mit Wirkung ab 1. Januar folgende Stellen geschaffen werden», das sind die erwähnten vier Vollzeitstellen, «natürlich unter der Voraussetzung, dass der Budgetkredit im Budget 2019 durch den Gemeinderat bewilligt wird». Mit einer Besetzung der Stellen wurde nicht vor dem zweiten Quartal 2019 gerechnet – also drei Monate später. Im Klartext bedeutet das, frühestens drei Monate nach dem Startschuss sind diese Vollzeitstellen auch wirklich besetzt. Daraus ergibt sich in der jetzigen Situation, dass bei einer Annahme des Nachtragskredits heute – also fast Ende Mai – die genannten Stellen frühestens ab Anfang September besetzt sein würden. Das ist eine Zeitspanne von rund fünf Monaten, der wir hinterherhinken. Für diese wurden fälschlicherweise 400 Stellenprozente budgetiert, was ungefähr 200 000 Franken entspricht. Die eingesetzten Lohnkosten, die wir heute bewilligen sollten, sind also massiv übertrieben. Und weil diese Bereichs- und Projektleitungen diese ganzen Projekte koordinieren und nach aussen vertreten sollen, sind damit auch die allermeisten anderen Budgetposten zu hoch angesetzt. Kurz gesagt: Wir bestimmen heute über ein Budget, das sich zeitlich selbst überholt hat. Dieses falsch, weil zu spät, berechnete Budget hätte auch über die ordentlichen Mittel bewilligt werden können. Also über den Nachtragskredit 2 oder über das Budget 2020. Die daraus resultierende Verzögerung würde rund drei Monate betragen, was ein Klacks ist für eine auf fünfzehn Jahre angelegte Strategie: «Smart City» ist in die Strategie 2035 eingebettet. Im Gegenzug würde bei einer Ablehnung durch den Gemeinderat das Budget 2019 nicht mit 1,4 Millionen Franken zusätzlich belastet. Ein Dispositivänderungsantrag der AL, der genau dies gefordert hatte, nämlich, dass der Stadtrat die Mittel für die kreditschaffende Weisung mit den ordentlichen Mitteln beantragt, ist von den Parlamentsdiensten als unzulässig eingestuft worden, da dies angeblich in die Kompetenz des Stadtrats eingreife. Bei Budgetfragen entscheidet aber der Gemeinderat und genau dies sollten wir heute wahrnehmen und den Nachtragskredit entschieden ablehnen. Damit richtet man sich nicht gegen die «Smart City»-Strategie an sich, sondern einzig gegen eine unnötige Überschreitung des Budgets 2019. Dem Stadtrat bleibt damit weiterhin die Möglichkeit, die Mittel für die Strategie mit den ordentlichen Mitteln zu beantragen. In diesem Sinne hoffen wir, dass sie Ihre Kontrollfunktion als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wahrnehmen und den unsinnigen Nachtragskredit ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Jean-Daniel Strub (SP) warf uns vor, keine konkreten Vorschläge zu haben. Das stimmt nicht: Wir haben Anschauungsmaterial geliefert. Vor ein paar Wochen haben wir «Smart School»-Vorstösse eingereicht, die zeigen, dass wir nicht «mehr» möchten, sondern «anstatt». Ich erkläre gleich, was ich damit meine und möchte mit einem Zitat beginnen. Dieses stammt von Florian Teuteberg, dem CEO von Digitec-Galaxus, dem grössten Onlineshop der Schweiz: «Ein Unternehmen, das eine Digitalstrategie braucht, hat bereits verloren. Vielmehr muss die Strategie eines Unternehmens das Digitale beinhalten.» Diese Aussage könnte man hinsichtlich der Implementierung der «Smart City» folgendermassen übersetzen: Eine Stadt, die on top – also darüber hinaus – eine «Smart City»-Strategie braucht, hat bereits verloren. Vielmehr muss die Strategie und Struktur einer Stadt das Smarte beinhalten. Also nicht on top, oder darüber hinaus, sondern anstatt. Die «Smart City»-Strategie der Stadt umfasst eine

solide Bestandesaufnahme mit grundsätzlich brauchbaren, wenn auch grösstenteils bekannten Projekten. Sie beinhaltet aber kaum Revolutionäres und leider kein Wille zur Verschlankung der zum Teil sehr verstaubten Verwaltungsorganisation. Zu viel soll im Rahmen von sogenannten Querschnittsprojekten angegangen werden und ist zu wenig organisch angelegt. Diese Querschnittsprojekte sind genau das Problem. Der Stadtrat will ein bisschen ausprobieren und will eine Steuergruppe, ein Sounding Board, ein Team, eine AG, Kommunikation, ein Lab, eine Innovationsbox, Innovation Fellowship, ein Monitoring mit Berichterstattung und obendrauf zahllose Innovationsteams und Projektgruppen. Und das alles departementsübergreifend. Für mich ist das eine Krake, die ihre Tentakel um Departemente und Dienstabteilungen legt. Mit dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Vorgehen ist klar, was kommt: Zusätzliche neue Instrumente, Angebote und Stellen und dadurch ein weiteres Wachstum der Stadtverwaltung. Dabei müsste Digitalisierung zum Gegenteil führen, zu schlankeren Prozessen. Zumindest ist es in der Privatwirtschaft so. Bevor neue geschaffen, sollten alte Strukturen optimiert werden – trotz oder gerade wegen des Neins zu «7 statt 9». «Smart City» ist keine Anhäufung von Querschnittsprojekten, sondern eine Organisationsform, die die Grundhaltung in der Verwaltung widerspiegeln sollte. Für die FDP ist klar, dass es Raum für die Zusammenarbeit mit Privaten geben muss, sonst schaffen wir weitere unfaire Wettbewerbssituationen, wie etwa beim Bikesharing.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Diese Debatte ist symptomatisch für das Reden über «Smart City»: Es ist ein grosser Grundkonsens im Raum, dass Zürich den Anschluss nicht verpassen darf. Es ist eine Notwendigkeit und Zürich ist gut beraten, sich darin zu platzieren. Und was man genau unter dem Begriff «Smart City» verstehen will, das muss genau aus dem Prozess heraus entstehen können. Und genau dem dient diese Strategie und darum steht die SP-Fraktion auch voll dahinter. Hier ist auch ein weitverbreitetes Missverständnis begraben, wonach es bei «Smart City» nur um Technologie geht. Es geht um mehr als nur die Frage, wie man Technologien gewinnbringend für eine Stadt nutzen kann. STP Corine Mauch hat mit dem Kulturwandel etwas davon erwähnt. Vieles bleibt noch diffus und unklar, man will da noch etwas schrauben oder etwas Kleines anpassen und das ist ein Beweis dafür, dass der Stadtrat vieles richtig gemacht hat mit dieser Strategie. «Smart City» ist wie gesagt eine Notwendigkeit, ob Zürich eine Vorreiterrolle einnehmen soll, das ist eine andere Diskussion – meiner Meinung nach muss das kein Ziel sein. Mit dieser Vorlage könnte es sogar sein, dass man die besten Elemente eruieren kann und so ganz zufällig zur Vorreiterin wird, ohne dass man dies auf Biegen und Brechen erreichen will. Wir müssen definieren, was wir machen wollen, aber auch, was wir genau nicht machen wollen. Man darf nicht vergessen, dass wir in einem Bereich agieren, in dem transnationale Konzerne eine enorme Gestaltungsmacht haben. Nicht zuletzt, weil sie im Besitz der Daten sind. Am Metropolitantag im vergangenen November hat eine Vertreterin eines solchen transnationalen Konzerns einen Vortrag gehalten – und die Art und Weise, wie dort über «Smart City» gesprochen wurde, hat mir doch eher etwas Angst eingebläht. Und da bin ich froh, dass der Stadtrat mit dieser Strategie auch vorgibt, was er nicht will. Technologie ist nicht so harmlos, neutral und unpolitisch, wie man das gemeinhin annehmen möchte. «Smart City» ist für viele eine persönliche Projektionsfläche. Hier geht es darum, eine Chance zu nutzen, die nicht zuletzt dank der Enabler-Strategie entsteht. Wir haben das Glück, dass sich sehr gute und berufene*

13 / 17

Leute für die Stadt Zürich um die Umsetzung dieser Strategie kümmern. Sie sind wie Rennpferde, die in ihrer Startbox darauf warten, endlich loslegen zu können. Ich bitte sie, heute Abend ja zu sagen zu dieser Strategie und diese Rennpferde nicht zurück in die Stallungen zu treiben, denn es wird etwas Gutes dabei herauskommen.

Walter Angst (AL): *Ich bin der Meinung, dass der Antrag von Patrick Maillard (AL) Hand und Fuss hat. Es ist nämlich genau nicht der Fall, dass all diese Leute, die mit der Arbeit beginnen möchten, bereits in den Startboxen stehen. Es ist sinnvoll, im Rahmen einer ordentlichen Budgetierung über das Aufgleisen der Strategie noch einmal nachzudenken. Ich kann mit all den Strategien wenig anfangen und mit «Smart City» noch weniger, aber was mich irritiert, ist, dass man bei der Stadtentwicklung eine neue Abteilung schafft. Sie wissen, wir haben hier schon häufig über die Stadtentwicklung diskutiert und auch festgestellt, dass es sich dabei um eine Sammelsurium-Dienstabteilung handelt. Jetzt will man noch eine weitere Abteilung schaffen. Gerade diese Abteilung ist ziemlich turbulent. Anfang 2016 hat man Peter Messmer vom ewz geholt, der irgendwann ging. Danach stieg der stellvertretende Direktor, Benno Seiler, in diese Rolle auf. Benno Seiler wurde dann am 1. Februar von STR Andreas Hauri abgeworben und meines Wissens noch nicht ersetzt. Ich weiss also nicht, wer in der Stadtentwicklung aktuell für dieses Dossier zuständig ist und mittels dieses heute zu beschliessenden Budgetbeschlusses angestellt werden sollte. Insofern halte ich einen Marschhalt für intelligent, um die Einbettung in der gesamten Stadtverwaltung genauer anzuschauen. In der Stadtentwicklung arbeiten zum Teil Abteilungen, die vom Rest der Stadt Zürich gar nicht gehört werden. Ich erwähne da die Abteilung Gesellschaft und Raum, die sehr interessante Arbeit macht, zum Teil zusammen mit dem Sozialdepartement über die soziodemografische Entwicklung, die aber im Hochbaudepartement gar nicht gehört werden. Es wäre zumindest sinnvoll, dass die Einbettung dieser «Smart City»-Abteilung genauer untersucht würde. Ich bitte Sie, das Budget nicht zu bewilligen, um in der nächsten Finanzdebatte die entsprechenden Gelder zu sprechen.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Smart-City-Strategie (Beilage) wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

- Im Budget 2019 der Dienstabteilung Stadtentwicklung (1505) werden für die Lancierung und Umsetzung der Smart-City-Strategie folgende Nachtragskredite bewilligt:

Konzernkonto	Budget 2019 (bisher) in Fr.	Erhöhung in Fr.	Budget 2019 (neu) in Fr.
3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	3 741 600	471 000	4 212 600
3050 00 000 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	233 400	50 000	283 400
3052 00 000 AG-Beiträge an Pensionskassen	450 000	57 000	507 000
3102 00 000 Drucksachen, Publikationen	105 000	10 000	115 000
3118 00 000 Anschaffung Immaterielle Anlagen	20 000	50 000	70 000
3130 00 000 Dienstleistungen Dritter	1 362 000	355 000	1 717 000
3132 00 000 Honorare ext. Berater, Gutachter, Fachexperten usw.	368 000	10 000	378 000
3160 00 000 Miete und Pacht Liegenschaften	40 000	40 000	80 000
3170 00 000 Reisekosten und Spesen	77 000	12 000	89 000
3632 00 408 Innovationskredit	–	300 000 450 000	300 000 450 000
3632 00 898 Übrige Betriebsbeiträge an Gemeinden	50 000	8 000	58 000
3638 00 898 Übrige Betriebsbeiträge an das Ausland	100 000	10 000	110 000
3910 00 000 Interne Verrechnung von Dienstleistungen	254 000	10 000	264 000
3920 00 000 Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Nebenkosten	716 900	22 000	738 900
Total Nachtragskredit		1 405 000	

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Enthaltung:	Patrik Maillard (AL)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP)

15 / 17

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Aufgrund des angenommenen Änderungsantrags wird das Total der Nachtragskredite (Erhöhung um Fr. 150 000.– auf Fr. 1 550 000.–) angepasst.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung:	Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 38 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Patrik Maillard (AL), Referent; Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

16 / 17

- Zustimmung: Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
- Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Smart-City-Strategie (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Budget 2019 der Dienstabteilung Stadtentwicklung (1505) werden für die Lancierung und Umsetzung der Smart-City-Strategie folgende Nachtragskredite bewilligt:

Konzernkonto	Budget 2019 (bisher) in Fr.	Erhöhung in Fr.	Budget 2019 (neu) in Fr.
3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	3 741 600	471 000	4 212 600
3050 00 000 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	233 400	50 000	283 400
3052 00 000 AG-Beiträge an Pensionskassen	450 000	57 000	507 000
3102 00 000 Drucksachen, Publikationen	105 000	10 000	115 000
3118 00 000 Anschaffung Immaterielle Anlagen	20 000	50 000	70 000
3130 00 000 Dienstleistungen Dritter	1 362 000	355 000	1 717 000
3132 00 000 Honorare ext. Berater, Gutachter, Fachexperten usw.	368 000	10 000	378 000
3160 00 000 Miete und Pacht Liegenschaften	40 000	40 000	80 000
3170 00 000 Reisekosten und Spesen	77 000	12 000	89 000
3632 00 408 Innovationskredit	–	450 000	450 000
3632 00 898 Übrige Betriebsbeiträge an Gemeinden	50 000	8 000	58 000
3638 00 898 Übrige Betriebsbeiträge an das Ausland	100 000	10 000	110 000
3910 00 000 Interne Verrechnung von Dienstleistungen	254 000	10 000	264 000
3920 00 000	716 900	22 000	738 900

17 / 17

Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Nebenkosten			
Total Nachtragskredit		1 555 000	

3. Die Motion, GR Nr. 2016/166, von Martin Luchsinger und Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 18. Mai 2016 betreffend Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 29. Mai 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat